

“Das war Staatsräson“

**Wie Leszek Miller den Fall Kuklinski löste – und so Polens Weg in die
NATO freimachte**

Leszek Miller ist Sozialdemokrat und Europa-Abgeordneter. Von 2001 bis 2004 war er polnischer Ministerpräsident, zuvor war er Arbeits- und Innenminister sowie Leiter der Kanzlei des Ministerrates und damit auch Geheimdienst-Koordinator. Mit Bundeskanzler Gerhard Schröder ebnete er Polens Weg in die Europäische Union.



PB: Herr Ministerpräsident, wie sind Sie mit dem Fall Ryszard Kuklinski in Berührung gekommen?

LM: Das geschah 1994, während meiner Zeit als polnischer Arbeitsminister. Sein Freund Józef Szaniawski (der in der Volksrepublik Polen für Radio Free Europe arbeitete und deshalb wegen Spionage verurteilt wurde, d.A.) ist zu mir gekommen. Er wollte dafür sorgen, dass Kuklinski rehabilitiert

wird. Ich habe ihm gesagt: Sie haben sich geirrt, Herr Szaniawski, ich bin weder Innen- noch Außenminister. Er antwortete: Ja, ich weiß, aber Sie sind Leszek Miller.

PB: Danach haben Sie sich mit dem Fall Kuklinski befasst?

LM: Ich habe polnische Generäle nach ihrer Einschätzung gefragt, aber auch die Amerikaner. Der damalige US-Botschafter und der US-Sicherheitsberater Zbigniew Brzeziński haben mir gesagt: Polen wird nicht in die Nato aufgenommen, solange das Problem Kuklinski nicht gelöst wird. Denn US-Präsident Clinton stand von zwei Seiten unter Druck: einmal durch die Mitarbeiter der US-Armee und der Geheimdienste, und zweitens durch die polnischstämmigen Einwanderer in den USA.

PB: Polen wurde im März 1999 in die Nato aufgenommen. Aber zuvor musste der Fall Kuklinski gelöst werden. Der US-Regierung war die Sache offenbar sehr wichtig?

LM: Wie wichtig, das zeigt folgende Begebenheit. Im Juli 1997 besuchte US-Präsident Clinton Warschau. Auf dem Programm stand auch ein Vier-Augen-Gespräch mit Staatspräsident Kwasniewski. Dabei wurden fünf Punkte vertraulich besprochen, und einer davon war der Fall Kuklinski.

PB: Präsident Aleksander Kwaśniewski betraute Sie mit dieser heiklen Angelegenheit?

LM: Im engsten Führungszirkel wurde entschieden, dass ich mich weiter um das Problem kümmern sollte. Alles musste absolut geheim bleiben, der Staatspräsident ließ sich regelmäßig unterrichten. Ich habe dann den polnischen Botschafter in Washington, Jerzy Koźmiński, eingeweiht. Wir haben nie etwas schriftlich gemacht, nur telefonisch. Es wurde eine Art Geheimsprache benutzt, weil wir fürchteten, dass der Vorgang durchgestochen wird. Wenn ich zum Beispiel gesagt habe, nächste Woche schicke ich eine Auswahl polnischer Früchte,

dann wusste Jerzy Koźmiński, dass ich einen Boten schicke. Wir durften keine Spuren hinterlassen.

PB: Sie haben Kuklinski auch persönlich getroffen?

LM: Im Jahr 1998 habe ich Washington besucht. Dort wurde ich gefragt, ob ich Kuklinski treffen wolle. Natürlich wollte ich das. In einem bereitstehenden Wagen wurde ich dann in einer einstündigen Fahrt zu einer kleinen Villa gebracht. Vor der Tür hat mich Kuklinski erwartet. Damals habe ich ihn zum ersten Mal gesehen. Kuklinski redete drei Stunden ununterbrochen. Er erschien mir als ein ruhiger, bescheidener Mann, der kein Aufsehen will und überzeugt war, das Richtige getan und keine andere Wahl gehabt zu haben. Ich habe ihm gesagt: Ihre Angelegenheit ist für mich Staatsraison, weil sie Polen beim Beitritt zur Nato im Wege steht. Unabhängig davon, ob er nun ein Held war oder nicht, musste die Sache vom Tisch.

PB: Wie haben Sie dann seine Rehabilitierung eingeleitet?

LM: Zusammen mit Justizminister Leszek Kubicki habe ich nach einer rechtlichen Formel gesucht, die man anwenden könnte. Eines Tages sagte Kubicki strahlend zu mir: Hör zu, Leszek, wir haben einen Paragrafen gefunden. Es handelt sich um die Formel über eine Handlung, die im Zustand der höheren Notwendigkeit ausgeführt wird.

PB: Im September 1997 wurde dann das Todesurteil gegen Kuklinski aufgehoben. War das damit einfach?

LM: Nein, eben nicht. Um eine Handlung im Zustand der höheren Notwendigkeit juristisch sauber festzustellen, musste zuvor eine Vernehmung durch polnische Staatsanwälte durchgeführt werden. Hier lag ein ernstes Problem. Denn Kuklinski weigerte sich, zur Vernehmung in der polnischen Botschaft zu erscheinen.

Ich habe dann der US-Regierung versichert, dass es sich nicht um eine Falle handele. Erst nach längerem Zureden erklärte sich Kuklinski schließlich bereit. Zwei Staatsanwälte flogen dann in geheimer Mission nach Washington. Dort haben sie Kuklinski zwei Tage lang angehört – aber nicht in der Botschaft, sondern in Zbigniew Brzezińskis Institut „Center für Strategic & International Studies“.

PB: Haben Sie Kuklinski danach noch einmal getroffen?

LM: Ja, noch zweimal. Das erste Mal habe ich ihn als Premierminister in der polnischen Botschaft in Washington empfangen. Ich hatte um das Treffen gebeten. Das zweite Mal, als er Polen besuchte. Damals empfang ich ihn in der Staatskanzlei. Wir nahmen uns jedes Mal Zeit für einen ruhigen, ausführlichen Gedankenaustausch. Kuklinski empfand keinen Hass, gegen niemanden. Beispielsweise erklärte er, dass er General Jaruzelski sehr schätze, als kompetenten Offizier und großherzigen Menschen. Seine Wertschätzung galt auch den polnischen Offizieren, mit denen er im Generalstab zusammengearbeitet hat. Er erzählte mir auch, wie schmerzhaft er den ungeklärten Tod seiner beiden Söhne in den USA erlebt habe. Er zeigte sich glücklich, dass Polen nun ein freies und souveränes Land sei. Das war ja irgendwie auch sein Verdienst.

PB: Gab es auch Streitpunkte in Ihren Gesprächen?

LM: Ja, die gab es. Insbesondere ein Punkt hat unsere Gespräche belastet. Ich habe Kuklinski gefragt, warum nach seiner Flucht in die USA weder US-Präsident Ronald Reagan noch die CIA öffentlich gemacht haben, dass General Jaruzelski plant, im Dezember 1981 in Polen das Kriegsrecht zu verhängen. Kuklinski hatte ja die vollständigen Pläne zur Durchsetzung des Kriegsrechts an die Amerikaner übergeben. Diese Frage konnte er nicht beantworten. Aber er vermutete, dass die US-Regierung die Gewerkschaft Solidarność nicht in Aufregung versetzen wollte. Die Amerikaner, so Kuklinski, hätten wohl befürchtet,

dass die Solidarność Verteidigungsmaßnahmen einleitet und es so zu einer noch härteren Konfrontation kommt.

PB: Wie bewerten Sie rückblickend die Rolle von Kuklinski?

LM: Wenn es um die Nato geht, ist die Sache klar. Wenn der Fall Kuklinski nicht gelöst worden wäre, wäre dies ein großes Hindernis für Polens Weg in die Nato geblieben. Wenn es um die Bedeutung Kuklinskis für Polen geht, so ist die öffentliche Meinung zutiefst gespalten. Einige halten ihn für einen Helden, andere für einen Verräter. Ich bin aber der Meinung, dass solche vorschnellen Bewertungen seiner Persönlichkeit nicht gerecht werden. Deswegen sprach ich damals von polnischer Staatsraison. Denn unbestritten ist, dass der Fall Kuklinski dem polnischen Wunsch, der Nato beizutreten, geschadet hat. Also musste allein schon vom Standpunkt der politischen Interessen dieses Problem so gelöst werden, wie ich es gelöst habe.

Das Interview führte Patrik Baab,

Übersetzung: Przemyslaw Fill